

"Ein Tag für die Geschichtsbücher" in Luxemburger Wort (1. November 1993)

Quelle: Luxemburger Wort. Für Wahrheit und Recht. 03.11.1993, n° 251; 146e année. Luxembourg: Imprimerie Saint-Paul.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"ein_tag_fur_die_geschichtsbucher"_in_luxemburger_wort_1_november_1993-de-b5247f1e-81fb-4fa8-8122-1e67f1b2dcf1.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 15/09/2012

Ein Tag für die Geschichtsbücher

Allerheiligen 1993 wird in die Geschichtsbücher eingehen. 12 Staaten Westeuropas haben den Sprung in die Europäische Union (EU) vollzogen. Europa wächst damit enger zusammen. 41 Jahre nachdem die Montanunion ihre Arbeit in Luxemburg aufnahm und 35 Jahre nach Inkrafttreten der Römischen Verträge ist das Europa-Schiff zu neuen Ufern aufgebrochen. Der Ratifizierungsprozeß zum Maastrichter Vertrag war alles andere als einfach. Das gemeinsame Boot drohte vor den Klippen Dänemarks und Großbritanniens zu kentern, sank jedoch nicht. Der 1. November war dennoch allein schon wegen des Festes Allerheiligen kein Jubeltermin, sondern auch europapolitisch eher ein Tag der Besinnung. Was bedeutet die EU für das weitere Zusammenleben der Europäer?

Gemessen an der Dauer eines Menschenlebens mag der europäische Einigungsprozeß langsam vonstatten gehen. Historisch gesehen geht die Integration jedoch mit Riesenschritten voran. Völker und Staaten, die sich über Jahrhunderte hinweg bekriegt haben, finden zusammen. Alte Staaten wie Frankreich (Staatsgründung 843) und Spanien (1492) schließen sich mit noch verhältnismäßig jungen Ländern wie Luxemburg (1815) und Irland (1937) zusammen und geben Teile ihrer Souveränität auf eine übergeordnete Unionsebene ab, weil der Nationalstaat zur Bewältigung vieler Probleme zu klein geworden ist.

Die Europäische Union ist noch nicht der Bundesstaat, von dem einst Winston Churchill träumte. Aber sie stellt bereits mehr dar als eine bloße Zollunion oder ein Staatenbund nach de Gaulles und Margaret Thatchers Vorstellungen vom „Europa der Vaterländer“. Das Karlsruher Bundesverfassungsgericht beschrieb die EU salomonisch als „Staatenverbund“. Also ein Staatenbund plus Binnenmarkt plus gemeinschaftlicher Politiken wie die Gemeinsame Agrarpolitik plus (seit 1.11.) eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik plus Zusammenarbeit im Bereich Innere Sicherheit sowie Aufbau einer Wirtschafts- und Währungsunion.

Ebenso wie die EG nur den rechtlichen Rahmen für den gemeinsamen Binnenmarkt schaffen konnte, zeichneten die Väter von Maastricht lediglich die Konturen einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Deren Ausführung hängt allein vom politischen Willen der Mitgliedstaaten ab. Westeuropa hat vor allem beim Konflikt vor seiner Haustür, in Ex-Jugoslawien, erfahren müssen, dass wirtschaftliche Macht allein nicht ausreicht, um auch politisch für Ordnung zu sorgen. Deshalb müssen sich die Zwölf, ab 1995 wahrscheinlich durch vier weitere Mitglieder verstärkt, endlich dazu durchringen, außenpolitisch mit einer Stimme zu sprechen.

Trotz der währungspolitischen Turbulenzen der vergangenen 12 Monate will die Gemeinschaft am Zeitplan für die Schaffung einer gemeinsamen Währung festhalten. Dieses Ziel wurde auf dem Brüsseler Sondergipfel vom vergangenen Freitag noch einmal bekräftigt. Auf das kommende Europäische Währungsinstitut als Vorläufer der Europäischen Zentralbank und auf die EG-Finanzminister kommen damit wichtige Aufgaben zu, und zwar hinsichtlich der Koordinierung der Währungspolitiken und der Konvergenz der einzelnen Volkswirtschaften. Die Einhaltung des Binnenmarktdatums hat gezeigt, daß sich die Europäer zusammenraufen können, wenn sie ein Zieldatum wirklich erreichen wollen.

Eine weitere gewaltige Aufgabe besteht im Aufbau von Europol. Mit dem Schengener Abkommen wurde im Bereich Innere Sicherheit wichtige Vorarbeit geleistet. Doch die polizeiliche Zusammenarbeit muß nun schneller vorangehen. Der rechtliche Rahmen ist seit vorgestern vorhanden. Bei der Bekämpfung der Drogen-Mafia und der organisierten Kriminalität müssen die Zwölf einen Gang zulegen, um dem Unionsbürger nach der Öffnung der Binnengrenzen ein Gefühl der Sicherheit zu vermitteln.

Was den Europäern am meisten auf den Nägeln brennt, ist jedoch die Arbeitslosigkeit, die in den kommenden Jahren trotz des prognostizierten leichten wirtschaftlichen Aufschwungs noch zunehmen und bald die 20-Millionen-Marke überschreiten wird. Verschont wurde bisher einzig und allein Luxemburg. Das darf uns aufgrund der wirtschaftlichen Verflechtung keineswegs gleichgültig sein. Darüber hinaus ist die Europäische Union eine Solidargemeinschaft.

Das für Dezember angekündigte Weißbuch der EG-Kommission zu Wachstum und Beschäftigung wird mit

Spannung erwartet. Es wird allerdings nicht wie das Binnenmarkt-Weißbuch einen konkreten Fahrplan und detaillierte Gesetzgebungsvorschläge enthalten. Dafür ist die Materie diesmal zu komplex. Einig sind sich die Fachleute darin, daß ein für alle Länder gültiges Rezept kaum ausgestellt werden kann. Weitgehende Übereinstimmung herrscht darüber, daß die Arbeitslosigkeit der neunziger Jahre nicht in erster Linie konjunkturell, sondern strukturell bedingt ist. Die bestehenden Strukturen müssen deshalb überprüft werden. Wie kann die Arbeit besser und gerechter unter den Menschen verteilt werden ? Über diese Frage sind die Debatten bereits voll entbrannt.

Luxemburg bildet im großen Europa eher eine blühende Oase. Das Land hält eine Reihe von Rekorden — Vollbeschäftigung, höchstes Pro-Kopf-Einkommen, weiterhin Wachstumsraten, verschwindend geringe Staats- und Neuverschuldung -, die Bevölkerung ist laut Umfrage sehr zufrieden mit ihrer Lage. Leider ist es in einer Gemeinschaft jedoch so, daß diejenigen, denen es nicht so rosig geht, Neidgefühle entwickeln. Dies ist im Grunde natürlich, stärkt andererseits im Ausland die Sympathien für das Großherzogtum nicht gerade. Das mußte die luxemburgische Regierung jetzt auch in Brüssel erfahren, wo andere im Sitzstreit um die Zentralbank und das Markenamt die Nase vorn hatten.

Der Sympathievorrat bei den Großen für das kleinste Mitgliedsland scheint aufgebraucht. In Brüssel hieß es unmißverständlich, wie all die anderen müsse auch Luxemburg einmal lernen zu leiden. Solche Ansichten müssen hierzulande nicht notwendigerweise zur Trotzreaktion „Europaverdrossenheit“ führen. Luxemburg wird auch in der Europäischen Union seine Stimme geltend machen und bei der weiteren Ausgestaltung Europas ein Wort mitreden.

GeWe